

hd.welt.de

Der Professor, der Donald Trump vorhersah, legt sich wieder fest

Robert Tannenberg

Allan J. Lichtman



Foto: AFP/Getty Images

Als niemand daran glaubte, sagte der Politologe Allan J. Lichtman Trumps Sieg bei der US-Wahl vorher. Nun wagt er die nächste Prophezeiung und legt die Schwachstellen des Präsidenten offen.

Bis vergangenen Herbst war Allan J. Lichtman wohl nur wenigen bekannt. Doch mit [seiner eigentümlichen Prognose](#), Donald Trump würde der nächste Präsident der USA werden, sorgte der Professor für Geschichte an der Amerikanischen Universität in Washington, D.C. schlagartig für großes Aufsehen.

Lichtman lag damit richtig. Seit mittlerweile etwas mehr als 100 Tagen sitzt Trump im Oval Office des Weißen Hauses. Nun bringt der Politologe ein Buch heraus, in dem er dessen schnelle Absetzung vorhersagt: "The Case for Impeachment" – sinngemäß übersetzt: Argumente für die Amtsenthebung.

Darin argumentiert er, warum Trump als Präsident wegen seiner zahlreichen

Verfehlungen das Weiße Haus früher als erwartet verlassen muss. Er bezeichnet ihn gar als Präsidenten mit den "meisten Schwachstellen der jüngeren Vergangenheit". Gewiss ist es ein theoretisches Szenario, das Lichtman zeichnet. Eines aber, das er anhand von mehreren Fällen untermauert.

1. Russland

Die wohl brisanteste Frage seit der Wahl: [Welche Verbindungen hatten Mitglieder des Wahlkampfteams von Trump zu Russland?](#) "Am ehesten könnten ihm eventuelle Absprachen mit Russland vor der Wahl zum Verhängnis werden", erklärt auch Lichtman zur Promotion seines Buches in einem Interview mit dem Magazin "[GQ](#)".

Sollte tatsächlich bewiesen werden, dass russische Hacker die Veröffentlichung von Hillary Clintons E-Mails begünstigt haben und Trump zudem davon wusste, dann wäre, so Lichtman, der Straftatbestand des sogenannten "misprision of treason" – des Versagens, Verrat zu melden – erfüllt. Das würde ein Amtsenthebungsverfahren rechtfertigen.

2. Illegale Einwanderer

Schlimmer wird es, führte Lichtman weiter aus, wenn das Verhalten **vor und während der Präsidentschaft** gegen die Grundsätze – dazu später mehr – verstoße. Das Abgeordnetenhaus könne den Vorwürfen nachgehen, Trump habe illegale Einwanderer beschäftigt, um seine Bauprojekte fertigzustellen.

Marco Rubio, Konkurrent während der Vorwahlen und Senator von Florida, hatte Trump bei einer TV-Debatte der Republikaner im Februar 2016 vorgeworfen, er habe den Trump Tower [mit polnischen Leiharbeitern hochgezogen](#). Rubio sagte: "Du hast über polnische Arbeiter gelogen." – Trump: "Ja, ja, vor 38 Jahren ..." – Rubio: "So, dann verjähren Lügen?"

Ein essenzieller Eckpfeiler von Trumps Wahlkampagne war der Kampf gegen illegale Einwanderer. Weil er nun kurz nach Amtsantritt das Einreiseverbot für Bürger aus mehrheitlich muslimischen Ländern angestoßen hat, könnte man ihm das als Machtmissbrauch auslegen.

3. Interessenkonflikte

Oder aber Trump stolpert über seine Geschäfte. Zwar habe er, so Lichtman, die Führung seiner Unternehmen an seine Kinder übergeben, sich vollends von den Geschäften getrennt aber hat er nicht.

Kritiker bemängelten etwa, dass der zweite Versuch seines Einreiseverbots für Menschen

aus mehrheitlich muslimischen Ländern nur deshalb den Irak nicht mehr aufführte, weil er darin Geschäftsinteressen unterhielt.

Die [Kaufhauskette Nordstrom griff er via Twitter an](#), als diese die Modekollektion seiner Tochter Ivanka aus dem Programm nahm.

Zudem berichtete die "[New York Times](#)" im März, dass in China insgesamt 38 Handelsmarken auf den Namen Donald Trump eingetragen wurden. Hotels. Restaurants. Bars. Selbst für die Modefirma von Tochter Ivanka Trump wurden drei wertvolle Namensrechte gesichert.

In der amerikanischen Verfassung gibt es die sogenannte "[Emoluments Clause](#)". Eine wenig bekannte Klausel, die es dem US-Präsidenten verbietet, Geschenke und Vergütungen von fremden Staaten anzunehmen – es sei denn, der Kongress stimmt ausdrücklich zu.

Anhaltspunkte für mögliche Interessenkonflikte gibt es genug. Die Organisation Sunlight Foundation listet [auf ihrer Webseite](#) mehr als 30 solche Fälle auf.

4. Republikaner

Schließlich könnte ihm seine Partei zum Verhängnis werden. Das Band zwischen den Republikanern und dem US-Präsidenten ist denkbar dünn. Bereits während seiner Wahlkampagne drohte Trump offen damit, [nicht mehr für sie anzutreten](#).

Sollte sich, so Lichtman, Trump in naher Zukunft als große Enttäuschung erweisen – so wie bei seinem gescheiterten Versuch, Obamacare abzuschaffen –, dann würde es nur die Stimmen von zwei Dutzend Republikanern im Abgeordnetenhaus benötigen, um ein Amtsenthebungsverfahren anzustoßen.

Zudem wird im November 2018 ein neues Repräsentantenhaus in den USA gewählt. Aktuell ist es in Republikanerhand unter der Führung von Paul Ryan. Natürlich ist es Ziel der Partei, dieses politische Übergewicht zu halten.

Lichtman weist nun bereits jetzt darauf hin, dass republikanische Kandidaten wegen Trumps schlechten Umfragewerten bei Wahlen Probleme bekommen könnten, sich durchzusetzen.

Letzte Woche etwa hatte der Republikaner Ron Estes in einer Sonderwahl für einen freien Platz im Senat von Kansas [große Mühe](#), den vierten Bezirk gegen die Demokraten zu verteidigen. Er gewann mit sieben Prozentpunkten Vorsprung vor seinem demokratischen Herausforderer James Thompson (53 zu 46). Bei den US-Wahlen im November hatte

Trump seine Rivalin Clinton noch mit 27 Punkten hinter sich gelassen.

Amtsenthörung – wie geht das?

Bis Trump aber aus dem Weißen Haus fliegt, wäre es ein langer Weg. Eine Amtsenthörung in den USA ist alles andere als trivial. In Artikel II der Verfassung steht: Wenn sich Präsident, Vizepräsident oder andere hohe Regierungsvertreter des Verrats, der Bestechlichkeit, anderer Schwerverbrechen oder Missetaten ("other high crimes and misdemeanors") schuldig machen oder wegen solcher Straftaten verurteilt werden, können sie ihrer Ämter enthoben werden. Jedoch wird die Grenze zu einer Straftat dabei nicht ausdrücklich formuliert.

Ein entsprechendes Verfahren ist zweistufig und spielt sich im Kongress ab. Zunächst muss das Repräsentantenhaus darüber abstimmen, ob Straftaten tatsächlich vorliegen. Dann wird ein Ausschuss gebildet, der eine entsprechende Anklageschrift verfasst, der wiederum eine einfache Mehrheit der Abgeordneten zustimmen muss.

Im Senat, der zweiten Kammer des Kongresses, erfolgt dann die eigentliche Verhandlung, die wie bei einem normalen Gerichtsprozess abläuft. Zum Schluss ergeht das Urteil. Für einen Schuldspruch ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

In der Geschichte der USA wurde das jedoch noch nie bis zum Ende durchexerziert. Das erste Verfahren gegen Lincoln-Nachfolger Andrew Johnson im Jahr 1868 scheiterte mit einer Stimme an der nötigen Zweidrittelmehrheit im Senat.

Gleiches spielte sich bei Bill Clinton ab, der sich wegen Falschaussage zu seiner Affäre mit Monica Lewinsky 1999 einem Amtsenthebungsverfahren stellen musste. Auch hier wurde Clinton mangels Zweidrittelmehrheit im Senat freigesprochen.

Richard Nixon setzte seinem Amtsenthebungsverfahren im Zuge der Watergate-Affäre 1974 hingegen mit seinem Rücktritt vorzeitig ein Ende.

Was Trump und Nixon gemeinsam haben

Interessanterweise zieht Lichtman in seinem Buch nun auch Vergleiche zwischen den einzelnen Kandidaten und Trump. "Johnson war sehr dickköpfig und glaubte stets, er habe recht", sagt der Autor in dem Interview weiter.

Die Parallelen zu Nixon seien noch frappierender. "Trump agiert sehr dünnhäutig und betrachtet die Medien als seinen Feind." Er habe eine Vorliebe fürs Lügen und für das Ablenken von seinen Fehlern, anstatt sich ihnen zu stellen.

"Zuletzt scheint es, als fehlten Trump, wie Nixon, jegliche Leitsätze, an denen er sich

orientiert. Das Fehlen von Prinzipien ist für einen Präsidenten sehr gefährlich."
Stattdessen mache er nur das, was für ihn das Beste ist.

Wie lange das gut geht, ist ungewiss. Auf Twitter lassen Kritiker unter dem Hashtag [#CountdownToImpeachment](#) jedenfalls nichts unversucht, den Countdown bis zur Amtsenthebung zu verkürzen.